Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige. Redaktion, Druck u. Verlag von R. Graßmann. Sprechstunden nur von 12—1 Uhr. Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. **Freitag, den 28. Januar 1881.** **Nr. 46.**

Landtags-Verhandlungen.

Abgeordnetenhaus.

47. Sitzung vom 27. Januar.

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um 11¼ Uhr.

Am Ministertische: von Puttkamer.

Tagesordnung:

Zweite Berathung des Antrages Windthorst auf Annahme eines Gesetzentwurfes betreffend die Straffreiheit des Sakramentspendens und des Messelesens.

(Es haben sich 8 Redner gegen und 10 für den Antrag zum Wort gemeldet.)

Abg. Freiherr v. Hammerstein spricht für die motivirte Tagesordnung des Abg. von Rauchhaupt, deren Motivirung er gegen die Angriffe des Abg. von Bennigsen in Schutz nimmt. Daß diese Motive, mit welchen die Abstimmung der Konservativen begründet werden solle, nicht die der liberalen Partei sein können, habe man von vornherein gewußt. Der Wunsch, den Kulturkampf zu beseitigen, rege sich auf allen Seiten und für die konservative Partei sei das ganz selbstverständlich. Der Kulturkampf schädige beide Theile auf das Empfindlichste; ja man könne getrost behaupten, daß selbst der endliche Sieg des Staates nur ein Pyrrhussieg für diesen sein würde. Der Antrag Windthorst sei schon um deshalb unannehmbar, weil derselbe die Möglichkeit schaffen würde, daß auch solche Geistliche, welche durch gerichtliches Erkenntniß abgesetzt sind, geistliche Funktionen verrichten könnten. Selbst einem abgesetzten Bischofe würde danach das Recht zustehen, das Hochamt zu celebriren. Dieser Umstand wird eine Quelle neuer Verwirrungen werden. Mit dem Antrage Windthorst würde die katholische Kirche auf den Boden der freien Kirche treten, sie würde damit aber auch zugleich den Anspruch auf jeden staatlichen Schutz verlieren. Der Kern des Nothstandes liege übrigens darin, daß die katholischen Gemeinden allmälig erschöpft sind, die großen Geldopfer zu tragen. Das Ziel müsse darauf gerichtet sein, daß man die Temporaliensperre beseitigt, daß die Geistlichen nicht zu hungern brauchen. Dieses Ziel habe der Antrag Windthorst nicht im Auge. Redner bedauert, daß das Juligesetz so verstümmelt worden, daß es schwer sei, auf Grund desselben dem Nothstande vollständig abzuhelfen. In der von den Konservativen vorgeschlagenen Tagesordnung liege die Aufforderung, der Regierung von Neuem die Handhabe zu bieten, um den Frieden anzubahnen. (Beifall.)

Abg. Dr. Reichensperger (Köln) bedauert, daß dasjenige, was von konservativer Seite dem Antrag Windthorst entgegengestellt worden, unmöglich die Zustimmung des Centrums finden könne. Wenn es wahr wäre, daß die Annahme des Antrages Windthorst die Verwirrung nur noch steigern würde, dann hätte der Abg. von Hammerstein doch zu ganz anderen Schlüssen kommen müssen. Gerade dieser Umstand zeige, wie verkehrt das ganze System der Maigesetzgebung ist. Wenn die Konservativen glauben, daß das Centrum mit seinem Antrage nicht auf dem rechten Wege ist, warum führen Sie uns nicht auf den rechten Weg, warum machen Sie nicht positive Vorschläge, welche dahin führen können, allmälig dem schlimmsten Unheil zu steuern? Was die Opferwilligkeit des katholischen Volkes anlangt, so kann ich dem Herrn Vorredner versichern, daß diese weder in materieller noch in geistiger Beziehung erlahmen wird, die glaubenstreuen Katholiken würden auch das Letzte opfern für die Seelsorge. Wenn Sie aber von der Schädlichkeit des Brodkorbgesetzes so sehr überzeugt sind, warum schlagen Sie denn nicht vor, daß dasselbe beseitigt wird; warum helfen Sie uns nicht, den Artikel 4 der kirchenpolitischen Vorlage vom Mai v. Js. wieder einzubringen? Ich glaube, es wäre möglich, dafür eine Majorität zu finden. Der Vorwurf des Herrn Ministers, daß wir durch den Antrag Windthorst unserer Sache nur schaden, beruht wohl auf einem thatsächlichen Mißverständniß. Bei seinen statistischen Angaben hat er wohl auch an die als Geistliche funktionirenden Staatspfarrer gedacht. Der Herr Minister wird uns erlauben, daß wir diese Geistlichen von der Liste streichen. Der gegenwärtig herrschende Liberalismus, der Kirche und Schule verstaatlichen will, sei ein falscher Liberalismus. Wenn Herr von Helldorff das Centrum als den Gegner dieses Liberalismus bezeichnet hat, da habe er Recht. Der Liberalismus, welcher die religiöse und politische Freiheit für die ganze Welt fordert, dieser Liberalismus sei verschwunden, verschollen, hier sei keine Spur mehr davon zu finden. Das Centrum sei Gegner dieses Liberalismus, nicht der echten Freisinnigkeit, sondern derjenigen Richtung, welche die Staatsallgewalt als ihre Devise auf ihre Fahne geschrieben hat. Redner widerstreitet der Behauptung, daß die Kurie in allen Ländern den Kampf suche. In Frankreich und in Belgien führe nicht die Kurie gegen die Staatsgewalt einen Kampf, sondern der Radikalismus gegen die Kurie. Er bittet zum Schluß die Regierung, die Initiative zu ergreifen, um die Art an die Wurzel des Giftbaumes zu legen, welcher leider als Kulturkampf seine verheerende Wirkung schon zu lange ausübt. (Beifall im Centrum.)

Abg. v. Bennigsen wendet sich zunächst gegen einige Aeußerungen des Abg. von Hammerstein. Wenn derselbe gesagt, sein Standpunkt sei ein vollkommen isolirter, so möchte er ihn bitten, wenn er eine solche Behauptung macht, sich erst die Frage vorzulegen, ob es nicht besser wäre, erst einmal festzustellen, wie groß die Einigkeit der Auffassung in der konservativen Partei ist. Ich weiß nicht, ob Herr von Hammerstein im Namen der konservativen Partei gesprochen (Zuruf: Jawohl!), aber dem Abschlusse eines Bündnisses zwischen den Konservativen und dem Centrum, zu dem Herr v. Hammerstein die Hand bietet, stehen denn doch sehr erhebliche Hindernisse in den Dingen selbst im Wege. Herr Windthorst will ganz etwas Anderes als Herr von Hammerstein und so dürfte es etwas lange dauern, ehe eine Einigung zu Stande kommt. Ich wiederhole, die Wurzel dieses Streites ist allein zu suchen in der bitteren Feindschaft der römischen Kurie gegen die Errichtung des evangelischen Kaiserthums. (Widerspruch im Centrum; Zustimmung links.) Diese Behauptung halte ich aufrecht. Nun hat Herr von Schorlemer gewiß nicht ohne Absicht diese meine Behauptung dahin erweitert, daß er von einer Feindschaft der Katholiken gegen das evangelische deutsche Kaiserthum sprach, und in einer gewissen Wendung hat auch der Abg. Windthorst sich dieser Erweiterung bemächtigt. Eine solche Behauptung von einer Feindschaft der deutschen Katholiken gegen das evangelische deutsche Kaiserthum hat mir vollständig ferngelegen, ich habe eine solche nicht aufgestellt. Ich weiß sehr wohl zu unterscheiden zwischen den Anschauungen unserer katholischen deutschen Volksgenossen über das deutsche Kaiserthum und der Auffassung, welche der hohe italienische Priester als Papst an der Spitze eines weltumfassenden Reiches von der Errichtung dieses neuen deutschen Reiches hat. Im besten Falle ist Deutschland in den Augen der römischen Kurie eine Provinz unter vielen anderen. Im besten Sinne hat die römische Kurie für Deutschland ein getheiltes Interesse, und dieses Interesse für Deutschland und für die deutschen Katholiken wird wesentlich abgeschwächt dadurch, daß Deutschland überwiegend ein ketzerisches Land ist. (Zustimmung links; Widerspruch im Centrum.) Man muß unterscheiden zwischen dem deutschen Kaiserthum des 19. Jahrhunderts und dem früheren österreichischen Kaiserthum. Oesterreich ist ein katholischer, Deutschland ein überwiegend evangelischer Staat, in Oesterreich regiert eine katholische, in Preußen-Deutschland eine evangelische Dynastie. Dieser Gegensatz ist mächtig genug, für die Stellungnahme der römischen Kurie. Es ist gestern behauptet worden, Herr Reichensperger (Olpe) habe zuerst dem Gedanken der Wiedererrichtung des deutschen Reiches im Parlamente einen entsprechenden Ausdruck gegeben. Ich habe keine Ursache, hieran zu zweifeln, aber warum hat er denn seinem Worte nicht auch praktische Folge gegeben; Herr Reichensperger sowie seine sämmtlichen Parteigenossen haben vielmehr gegen die deutsche Reichsverfassung ihre Stimmen abgegeben. Uebrigens ist es der Nationalverein gewesen, welcher diesen Gedanken zuerst aufgenommen hat und der dann von dem Fürsten Bismarck verwirklicht worden ist. Redner kritisirt sodann die Aeußerungen der Centrumsredner in Bezug auf den Ausspruch des Papstes Pius, „daß das Steinchen ins Rollen gekommen, das dem Koloß die thönernen Füße zerschmettern würde". Die Centrumsredner hätten diesem Ausspruch einen geringen Werth beizulegen versucht und darauf zurückzuführen versucht, daß er im Streite gefallen sei. Aber das beweise gerade, wie man in Rom über Deutschland denkt. Ich behaupte, daß die römische Kurie ihr System gar nicht ändern kann, das durch die Jahrhunderte immer das gleiche geblieben ist. Wenn man die Auffassung der römischen Kurie verstehen will, dann braucht man nur zurückzugehen auf ähnliche Fälle früherer Zeit, in denen der Ursprung der Dinge liegt, die sich jetzt vor uns vollziehen. Es ist auch gar nicht zu verwundern, daß man in Rom eine solche Position einnimmt und einnehmen muß. Ich mache ihr nicht einmal einen Vorwurf daraus. Die römische Kurie kann gar nicht anders als feindlich sein gegen Preußen nach der ganzen Natur ihrer kirchlichen Anschauungen. Rom kann seinen Anspruch nicht aufgeben auf die norddeutschen Gebiete, welche sich von Rom losgelöst haben. Ein Hinderniß war und ist das Anwachsen des preußischen Königthums und jetzt des preußisch-deutschen evangelischen Kaiserthums. Redner erinnert an das Schreiben des Papstes Clemens VII., das gegen die Errichtung des preußischen Königthums im Jahre 1701 sich richtete. Wir können politisch nicht mehr verlangen, als daß die Bischöfe und die Geistlichen sich den gesetzlichen Zuständen in Deutschland unterwerfen; die Austragung des prinzipiellen Streites zwischen Staat und Kirche ist überhaupt nicht möglich. In Preußen ist ein Kultusminister gar nicht denkbar, der in Zugeständnissen an das Centrum noch weiter gehen könnte, als Herr v. Puttkamer, aber auch dieser Minister mußte sich dafür erklären, daß die Schutzwehr zwischen Staat und Kirche erhalten bleibt. Wenn die Dinge so liegen, dann ist zu einem erträglichen Frieden mit Rom nur dann zu kommen, wenn sich die römische Kurie überzeugt haben wird, daß wir nicht gewillt sind, gewisse Rechte aufzugeben. Auf dem Wege, den Herr von Hammerstein vorschlägt, durch sentimentale Nachgiebigkeit werden wir mit der römischen Kurie, welche selbst mit einer Grausamkeit bis zur Härte die kirchlichen Zustände ganzer Länder ignorirt hat, niemals zu einem dauernden Frieden gelangen. (Lebhafter Beifall links und bei den Freikonservativen; Zischen im Centrum.)

Abg. Dr. Windthorst: Die Rede von Bennigsen's war wesentlich an die Wähler gerichtet, um den protestantischen Geist gegen die Katholiken zu entflammen. Ob aber Deutschland schon so stark ist, solchen konfessionellen Hader auszuhalten, ist fraglich und schwerlich wird der Meister den Gesellen loben. Wird der Religionshaß so geschürt, so wird Deutschland nicht bestehen. 15 Millionen Deutsche lassen sich das nicht gefallen und vermögen auch etwas. Der Anfang des Kulturkampfes liegt in der Schlacht von Königgrätz. Seit der Zeit will man uns Katholiken vernichten. Bei Begründung des deutschen Reiches versuchten wir, Garantien zu erhalten. Wir wollen lieber zu Grunde gehen, als uns unterdrücken lassen. Wir haben kein evangelisches Kaiserthum, weil die Konfession der Fürsten mit der Verfassung nichts zu thun hat, und auch der jetzige Inhaber des Thrones dürfte für die heutigen Reden keinen Dank wissen. (Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Stengel: Ich muß den Abg. Dr. Windthorst bitten, die allerhöchste Person nicht in die Debatte zu ziehen.

Abg. Dr. Windthorst: Das hat auch Herr v. Bennigsen gethan.

Vizepräsident Stengel: Herr v. Bennigsen sprach von der Institution, nicht von der Person, und wenn der Redner seine Aeußerung wiederholen sollte, müßte ich ihn zur Ordnung rufen.

Abg. Dr. Windthorst (fortsprechend): Wir haben von Rom keine politischen Weisungen anzunehmen, man giebt sie uns auch nicht. Allerdings berühren kirchliche Weisungen sehr oft die Politik. Die Briefe des Kaisers an Pius IX. athmen einen nicht feindlichen Geist, ebensowenig die Aeußerungen des jetzigen Papstes, Prinz Reuß könnte ebenfalls von der freundlichen Gesinnung des Papstes gegen Deutschland erzählen. Zur Zeit Friedrichs I. handelte es sich um Aufrechterhaltung des römischen Kaiserthums, außerdem waren damals die Päpste Schiedsrichter in weltlichen Händeln. Daß die Kirche auch andersgläubiger Obrigkeit Gehorsam zu leisten befiehlt, zeigt das jüngste Beispiel in Irland. Aber auch in Preußen werden an höchster Stelle die Anschauungen des Herrn von Bennigsen nicht getheilt und auch die Verfassung schützt noch die Katholiken. Bei Konkordaten handle es sich nur um kirchliche Dinge. Redner bestreitet, daß er den Konservativen Bündnisse angeboten habe, dagegen wünsche er, daß er öfter mit den Konservativen pari passu gehen könne. Wenn er ebenfalls den Konservativen für ihre ausgesprochenen Meinungen dankbar sei, so seien doch Resolutionen keine praktische Politik. Sein Antrag sei nur eine Ergänzung des § 5 des Juli-Gesetzes, er solle nur den endlichen Frieden anbahnen, wenn die Regierung die Zeichen der Zeit versteht. Schlagen Sie uns unsere Bitte nicht ab.

Abg. Stöcker: Auch er wolle im „eminent friedlichen Sinne" sprechen. Politische Fragen sollen nicht mit religiösen verwechselt werden, wenn auch die jetzige Frage im gewissen Sinne eine politische sei. Als evangelischer Geistlicher will ich nur noch objektiver sprechen. Wir wollen Frieden und sehen den Schaden nur in der Abnahme der Religiosität. Das Bündniß der Konservativen mit dem Centrum sei ein bloßes Phantom. Der Beschluß der Konservativen zu diesem Antrage sei einstimmig gefaßt worden. Es seien in kirchenpolitischer Hinsicht große Schwierigkeiten wegen der paritätischen Bevölkerung Deutschlands und der Verschmelzung der religiösen mit den politischen Parteien. Die Stellung der liberalen Partei enthalte in dieser Frage einen inneren Widerspruch. Allerdings müsse er nach wie vor bedauern, daß der Katholizismus dem Protestantismus so feindlich gegenübertrete, wie z. B. bezüglich der Mischehen. Durch Annahme des Windthorst'schen Antrages würde nicht einmal Frieden geschaffen. Nicht Nothstandsgesetze sollen geschaffen werden, sondern dauernder Frieden. Dies kann nur geschehen, wenn die Kirche die autonome Gesetzgebung des Staates annimmt. Auch dabei könne für die Kirche eine freie Stellung geschaffen werden.

Ein Antrag auf Schluß der Diskussion geht ein und wird gegen die Stimmen des Centrums angenommen.

Persönlich bemerkt Abg. Reichensperger (Köln) dem Abg. v. Bennigsen, daß er nur deshalb gegen die Reichsverfassung gestimmt habe, weil er kein Klein-Deutschland haben wollte. Uebrigens habe Herr v. Bennigsen ihn mit seinem Bruder verwechselt.

Abg. v. Bennigsen (persönlich): Der Abg. Windthorst hat wiederum von mir behauptet, ich hätte von der Feindschaft des katholischen Volkes gegen das deutsche Kaiserthum gesprochen. Ich wiederhole, daß ich immer nur von der Feindschaft der römischen Kurie gesprochen habe. Herr Windthorst hat mir Intoleranz zum Vorwurf gemacht, mich als einen persönlichen Feind der katholischen Kirche bezeichnet. Ich weiß nicht, wo er eine solche Meinung hernimmt. Ich bin noch im vorigen Sommer so entschieden für den Frieden eingetreten, daß dies sogar zu Mißverständnissen in meiner Fraktion geführt hat. Es ist dies für mich eine Ehrenfrage und muß ich eine solche Behauptung auf das Weiteste von mir zurückweisen.

Abg. v. Schorlemer-Alst: Ich habe nicht gesagt, daß Herr v. Bennigsen von der Feindschaft des katholischen Volks gesprochen. Ich habe nur bemerkt, Herr v. Bennigsen möge Thatsachen anführen und Beweise beibringen für seine Behauptung, daß die römische Kurie feindlich gegen das deutsche Reich gesinnt sei.

Abg. Dr. Windthorst: Der Abg. von Bennigsen hat mich einen Vertreter der römischen Kurie genannt. Ich muß das entschieden zurückweisen, ich bin vom Kreise Meppen gewählt und vertrete das gesammte preußische Volk genau so wie Herr v. Bennigsen.

Hierauf wird zur namentlichen Schlußabstimmung geschritten; dieselbe ergab 115 Stimmen für und 254 Stimmen gegen den Antrag. Derselbe war somit abgelehnt.

Für den Antrag hatten gestimmt: Centrum, Polen, v. Helldorf, Labes, Ludwig, Löwe-Berlin, Dr. Straßmann, Träger und Dirichlet.

Nächste Sitzung: Freitag 11 Uhr.

Tagesordnung: Fortsetzung der zweiten Etats-Berathung.

Schluß 4½ Uhr.

Provinzielles.

Stettin, 28. Januar. Der praktische Arzt Dr. Kortuem ist mit Belassung seines Wohnsitzes in Swinemünde zum Kreis-Wundarzt des Kreises Usedom-Wollin ernannt worden.

— Der Roßarzt Albin Johannes Hesse zu Kolberg ist, unter Anweisung seines Amtswohnsitzes in Woldenberg, zum kommissarischen Kreisthierarzt für die Kreise Friedeberg und Arnswalde ernannt worden.

— Gutem Vernehmen nach hat soeben ein Berliner Unternehmer bei den betreffenden königlich preußischen und großherzoglich mecklenburgischen Behörden die Erlaubniß nachgesucht, auf folgenden Linien Dampf-Omnibus- resp. Dampf-Lastzüge nach dem bekannten Bollée'schen System einzurichten: 1) von Stralsund über Löbnitz-Damgarten-Ribnitz nach Rostock. 2) Von Rostock über Sülze-Tribsees-Löbnitz nach Barth. 3) Im Anschluß an die neu zu erbauende rügensche Sekundärbahn von Bergen über Sagard nach Saßnitz. 4) Von Wittower Fähre über Gingst-Samtens-Garz-Putbus nach Lancken. Bei der großen Wichtigkeit des Unternehmens für die durch die geplanten Linien berührten Ortschaften steht zu hoffen, daß die hohen Behörden die erbetene Konzession bereitwilligst ertheilen werden und liegt es alsdaun in der Absicht des Unternehmers, den Betrieb nach Herstellung der Wagen und Maschinen durch die Fabrik von F. Wöhlert in Berlin schon zu Pfingsten d. J., wenn auch vorerst nur mit einigen Wagen, zu eröffnen. Die sofortige Rentabilität der Linien 1) nnd 2) dürfte keinem Zweifel unterliegen.

— Vor dem Forum des kaiserlichen Oberseeamtes hatte sich gestern der Lootsenkommandeur Barandon aus Stettin wegen eines ihm am 23. Mai v. J. passirten Seeunfalls zu verantworten. Barandon wurde von der Aktien-Gesellschaft „Vulkan" mit der Führung eines von dieser neu erbanten Korvetten-Schiffes, genannt „Freiherr vom Stein", betraut. Das Schiff sollte von Stettin nach Kiel geführt und dort von der kaiserlichen Marine abgenommen werden. Am 22. Mai, Morgens gegen 9 Uhr, ist das Schiff von Stettin aus in See gegangen. Am 23. früh gegen 4 Uhr ist dasselbe bei Prerow auf ein Riff gerathen und hat während etwa 10—15 Minuten den Grund berührt. Das Schiff ist bald wieder in Kours und am 23. Mai Nachmittags gegen 5 Uhr glücklich in Kiel angekommen. Außer der Verletzung einer Zinkplatte hat das Schiff keinen weiteren Schaden gelitten, mußte jedoch behufs Ausbesserung des Schadens in Kiel gedockt werden. Wie festgestellt worden, ist der Unfall in Folge einer Verrechnung des Barandon bezüglich der Entfernung von der Sandbank Prerow erfolgt. Barandon, der diesen Irrthum selbst zugiebt, hat anläßlich dessen einen falschen Kours genommen. Sachverständige bekundeten, wenn das Wetter stürmisch gewesen und der Wind dem Lande zugestanden hätte, so wäre das Schiff, das circa 4 Millionen Mark gekostet, unbedingt verloren gewesen. Barandon wurde deshalb vor das königliche Seeamt zu Stettin zitirt. Das Seeamt zu Stettin befaßte sich damit, nachdem es die Untersuchung zuerst aus Kompetenzgründen abgelehnt hatte, nur auf ausdrücklichen Befehl des Reichskanzlers. Es fällte dann sein Urtheil dahin, daß der Schiffsführer von einem Verschulden des Unfalls nicht freizusprechen, daß aber das Verschulden nicht so groß sei, um ihm die Führung von Schiffen, wie amtlich beantragt worden, für die Zukunft abzusprechen. Gegen dieses Urtheil legte der Reichskommissar, Kapitän zur See Donner, die Berufung ein und beantragte, das Erkenntniß des Seeamtes zu Stettin zu vernichten und seinem Antrage gemäß zu erkennen. Barandon, der seine Vertheidigung selbst führte, bat, die Angelegenheit nicht als Seeunfall zu betrachten. Wenn das Schiff ein Handelsschiff gewesen wäre, dann hätte die Angelegenheit kein Seeamt beschäftigt, denn er hätte alsdann als Kapitän an keine Versicherungs-Gesellschaft Schadenersatzansprüche gestellt. Letztere wären im vorliegenden Falle so gering gewesen, daß sie, wenn die Behörde nicht ein Docken für nöthig erachtet, sich auf circa 35 Mark belaufen hätten. Im Uebrigen sei gar nicht nachgewiesen, ob die Beschädigung der Zinkplatte durch den Unfall oder durch einen Stapellauf entstanden sei. Er sei nicht nur Lootsen-Kommandeur, sondern auch Schifffahrts-Polizei-Kommandeur, und habe in Folge seines letzteren Amtes einen zahlreichen Kreis von Feinden, die mittelst der Presse die Einleitung des gerichtlichen Verfahrens verursacht hätten. Trotz seiner vielen Feinde habe er das Vertrauen des Vulkans besessen, da er schon wiederholt die größten Schiffe desselben nach Swinemünde geführt habe und schon öfter mit voller Kraft über die Untiefen des Swinemünder Fahrwassers gefahren sei, wobei er allerdings auch schon festgesessen habe. Die Untiefe, auf die der „Stein" gerathen sei, könne auch durch die letzten Stürme erzeugt sein. Er bitte um seine Freisprechung. Der öffentliche Ankläger Kapitän zur See Donner (Stettin) replizirte: Er lasse es dahingestellt, ob die Beschädigung in Folge des Unfalls passirt sei; darauf komme es bei Beurtheilung der Sache auch gar nicht an. Fest stehe, wie der Angeschuldigte selbst zugebe, daß in Folge einer Verrechnung seinerseits um die Seemeilenzahl der Unfall passirt und dies rechtfertige seinen Antrag. Der Umstand, daß der Angeschuldigte das Schiffsführergewerbe de facto nicht mehr ausübe, könne das Erkenntniß des ersten Gerichtshofes nicht rechtfertigen. Der Angeschuldigte habe im Jahre 1840 die Befugniß als Schiffsführer erhalten und könne, so lange ihm dieselbe nicht aberkannt sei, jeder Zeit wieder Gebrauch davon machen. — Nach sehr langer Berathung erkannte das Oberseeamt auf Bestätigung des ersten Erkenntnisses. Das Oberseeamt pflichtete den Ausführungen des Staatsanwalts insofern bei, als es anerkannte, daß dem Angeschuldigten, auch wenn er das Schiffsführergewerbe nicht mehr ausübe, die Konzession aus den von dem Staatsanwalt angeführten Gründen entzogen werden könne. Das Gesetz gestatte dies jedoch nur, wenn aus den Einzelheiten des Unfalles hervorgehe, daß der betreffende Schiffsführer nicht die nöthige Qualifikation zur Ausübung seines Gewerbes besitze. Objektiv liege ein Seeunfall vor, ob und welche Beschädigung das Schiff erlitten, sei hierbei gleichgültig. Da jedoch nur ein einfacher Irrthum des Angeschuldigten festgestellt sei, der jedem Seemann passiren könne, so mußte, wie geschehen, erkannt werden.

— Man begegnet im Leben oft Personen, welche mit Rücksicht auf ihre Bildung wohl geeignet wären, in der Gesellschaft eine angesehene Stellung einzunehmen, statt dessen aber, sei es durch Leichtsinn, sei es durch Schicksalsschläge, immer tiefer sinken, bis sie schließlich Ehre und Redlichkeit über Bord werfen und sich einem Leben ergeben, bei welchem sie bald mit den Strafgesetzen in Konflikt gerathen. Ein derartiger Mensch präsentirt sich in der heutigen Sitzung des Schöffengerichts in der Person des früheren Lehrers Karl Joh. Alb. Müller auf der Anklagebank. Derselbe bekleidete früher lange Jahre eine Stelle als Lehrer, war verheirathet und Vater mehrerer Kinder. Später ergab er sich, wie er aussagt, wegen unglücklicher Familien-Verhältnisse einem leichtsinnigen Lebenswandel, er wurde seines Amtes entlassen und bald fristete er landstreichend mit Betteln sein Leben. Er wurde deshalb mehrfach bestraft und mußte auch schon eine längere Haft im Arbeitshause verbüßen. Von dort entlassen, gelang es ihm, bei einem hiesigen Holzhändler eine Stelle zu erlangen; doch an ein unstätes Leben gewöhnt, hielt er hier auch nicht lange aus, ohne sich eines Vergehens zu Schulden kommen zu lassen. Ein Bäckermeister kaufte eines Tages im November Holz und bezahlte dasselbe mit 33 Mark an Müller; dieser nahm das Geld, lieferte es jedoch nicht jedoch nicht an seinen Herrn ab, sondern verwendete es in eigenem Nutzen. Deshalb war Müller wegen Unterschlagung angeklagt. Er führte zu seiner Vertheidigung an, daß er mit dem Gelde in ein Restaurationslokal gegangen und daß es ihm dort, als er angetrunken war, gestohlen worden sei. Diese Ausrede fand natürlich keinen Glauben und der Angeklagte wurde zu 4 Wochen Gefängniß verurtheilt.

Eine gleiche Strofe traf den Hausdiener August Rusch, weil derselbe während seiner Dienstzeit bei dem Restaurateur Waack verschiedene Gegenstände, wie Messer, Gabeln u. s. w., gestohlen hat.

— Der 11 Jahr alte Sohn des Maurermeisters Igen wollte vorgestern Mittag auf der Pasewalker Chaussee von einem im Gange befindlichen Fuhrwerk steigen, fiel dabei jedoch so unglücklich vor das rechte Vorderrad, daß er überfahren wurde und einen Bruch des linken Oberschenkels erlitt.

— Als ein mit 2 Pferden bespanntes Fuhrwerk des Spediteurs E. Schultz gestern die kleine Oderstraße passirte, stürzte eines der Pferde, ein Schimmelhengst im Werthe von 450 M. und erlitt einen Bruch des rechten Vorderfußes. Der herbeigerufene Thierarzt hielt die Tödtung des Thieres für erforderlich.

— Daß es nicht gerathen ist, in der Nähe von Maschinen mit andern Personen Scherz zu treiben, mußte am 21. d. M. der Arbeiter Aug. Simon zu seinem Unglück erfahren. Derselbe wollte am Nachmittag des genannten Tages in der Dilger'schen Oelmühle am schwarzen Damm den Arbeiter Schulz spaßhafter Weise um den Hals fassen; da Beide zu nahe an dem Maschinenpumpenstock standen, gerieth er mit der linken Hand in die Maschine und wurden ihm 3 Finger zerquetscht, so daß seine Aufnahme im Krankenhause erforderlich wurde.

÷ **Arnswalde**, 26. Januar. Am Sonntag, den 22. d. Mts., beauftragte der Gutsbesitzer Eichgrün, zu Sellnower Abbau wohnhaft, seinen etwa 30jährigen Knecht Johann Krause, sich nach Rohrbeck zu begeben. Krause richtete seinen Auftrag pünktlich aus, besuchte jedoch, ehe er den Rückweg antrat, die Schenkstube. Hier trank er einige Glas Schnaps, ließ sich seine halbe Pfund-Flasche noch füllen und begab sich dann mit noch 2 anderen Personen auf den Heimweg. Am Rohrbecker Felde angelangt, verabschiedete sich Krause von seinen Begleitern und schlug einen Feldweg ein, um, wie er sagte, schneller nach Hause zu gelangen. Dort langte er jedoch nicht an und blieben alle Recherchen ohne Erfolg. Erst gestern Abend ist Krause als Leiche auf dem gedachten Felde erfroren aufgefunden worden. — In der hiesigen Gesellenherberge, welche jetzt täglich von fremden Handwerksburschen überfüllt ist, fand vorgestern eine fürchterliche Prügelei statt, sodaß das Blut in Strömen geflossen ist. Ein Schmiedegeselle hatte einem Kollegen einen mit einer 10-Pf.-Marke frankirten Brief zur Abgabe überliefert. Dieser hat die Marke entfernt und den Brief zerrissen. Dies war von einem Dritten beobachtet und dem Briefschreiber mitgetheilt worden. Als Jener nun die Herberge betreten und die richtige Abgabe des Briefes bestätigte, entspann sich zwischen Beiden und nachher zwischen Theilnehmern eine derartige Schlägerei, daß die Polizei sich veranlaßt sah, 6 Personen dem Polizei-Arrest zu überliefern. — Am Sonntag Mittag brach der Baueleve O., welcher über das Fließ des Klückensees gehen wollte, ein und wäre unfehlbar ertrunken, wenn ihm nicht von dem zufällig des Weges kommenden Sohne des Fabrikbesitzers Tietze hier Hülfe zu Theil geworden wäre. — Der Kaufmann Stark hierselbst hat sein Amt als Schiedsmann niedergelegt und ist an Stelle dessen in der Sitzung der Stadtverordneten am Montag, den 24. d. Mts., der Stadtverordnete Rentier Gottlieb Privatschreiber Beyer gewählt worden.

(Eingesandt.)

Vor Kurzem hat sich die Statistik wiederum mit der wichtigsten Lebensfrage des Staatslebens beschäftigt, mit der Feststellung der Seelenzahl der Bevölkerung; untrennbar von dieser ist die jeweilige Mortalität und diese wieder ist stark beeinflußt durch die Sterblichkeit der Kinder. Denn diese macht erfahrungsgemäß den größten Prozentsatz der Sterblichkeits-Zahl aus, welcher mit dem zunehmenden Alter des Kindes stetig abnimmt. Weniger gilt diese Erscheinung dem flachen Lande; die größeren Städte jedoch und vor allen Berlin weisen alljährlich im Hochsommer erschreckende Ziffern der Kindersterblichkeit auf. Sind doch allein auf dem Georgen-Kirchhofe hier in 2½ Jahren 10,000 Kinder beerdigt worden!

Den bedeutendsten Einfluß auf das Gedeihen und Leben und damit auch auf die Sterblichkeit des Kindes hat die Ernährung. Naturgemäß ist die Mutter- resp. Ammenmilch die zuträglichste und passendste Nahrung für das Säuglingsalter und erst da, wo soziale oder andere Verhältnisse demselben diesen Genuß unmöglich machen, tritt ein Ersatz für diese in Frage und interessirt uns als solcher zuerst die Kuhmilch. — Doch haben die zahlreichen Mängel derselben einen traurigen Antheil an der hohen Sterblichkeitsziffer des kindlichen Alters, so daß schon J. von Liebig sich um ein passendes Ersatzmittel bemühte.

Die Bestandtheile einer guten Kuhmilch, wie sie wohl nicht immer zu Gebote steht, sind: 86 pCt. Wasser, 4,5 Casein, 0,5 Albumin, 4,5 pCt. Butter, 4,0 Milchzucker und 0,5 pCt. Salze; besonders phosphorsaures Kali, Chlornatrium, phosphorsaurer Kalk und etwas Eisen.

Die zum Vertriebe gestellte Milch stammt zum allergrößten Theile von Kühen, welche im Stalle gefüttert sind (denn Weidefutter ist seltene Ausnahme) und wechselt die Ernährung von dem fettesten Grasfutter bis zum geringsten Heu; selbstverständlich variirt demgemäß auch die Produktion und der Gehalt der Milch und war und ist es das Bestreben des rationellen Landwirthes, für beide Faktoren, für Qualität und Quantität, möglichst Stabilität zu gewinnen. Steht es doch nicht in seiner Macht, andere Schädlichkeiten abzuhalten.

Verdünnt man nun die Kuhmilch, etwa zu ⅓ mit Wasser, um sie für den Magen des Säuglings leichter verdaulich zu machen, so wird oft genug übersehen, daß hierdurch der Nahrungswerth derselben in hohem Grade sinkt; derartig ernährte Kinder verfallen leicht und gehen zu Grunde.

Die neuester Zeit festgestellte Uebertragungsfähigkeit aller möglichen Krankheitskeime, wie Lungenseuche, Milzbrand, Diphteritis und Typhus wird durch eine rationelle Erhitzung getödtet; jedoch ein Hauptübelstand ist und bleibt der Milch in ihrer Eigenschaft, sehr bald sauer zu werden bei nur mäßig hoher Temperatur. Fast alle durch Stallfütterung gewonnene Milch ist säuerlich und verursacht beim Genuß leicht Diarhöen und Verdauungsstörungen.

Das nächste Interesse hat nun wohl die Landwirthschaft an der Gewinnung und Lieferung einer möglichst guten Milch und eines möglichst großen Quantums. Es hat auch seit einer Reihe von Jahren nicht an den verschiedenartigsten Fütterungsversuchen gefehlt und haben sich besonders die Biertäber als ein vorzügliches Kuhfutter erwiesen. Nur ein übler Umstand stellte sich heraus und verhinderte die völlige Verbreitung und Ausnützung dieser Fütterungsmethode: „Die Träber gingen sehr schnell, selbst bei nur mäßiger Temperatur, in Gährung über, entwickelten Essigsäure und theilten, verfüttert, diesen Prozeß auch der Milch mit. Gelänge es nun, den Träbern, welche durch ihren bedeutenden Klebergehalt zur Produktion der eiweißartigen und stickstoffhaltigen Verbindungen in der Kuhmilch besonders geeignet sind, diesen Säurebildungsprozeß unmöglich zu machen resp. zu erschweren, so wäre nicht allein für die Landwirthschaft Bedeutendes gewonnen, sondern vor Allem würde das Wohl des Staates, die Erhaltung und Ernährung der Säuglinge vortheilhaft beeinflußt.

Dem Herrn P. M. Salomon aus Weißensee bei Berlin ist es nun nach vielen Versuchen gelungen, durch ein von der Patent-Kommission geprüftes und patentirtes Verfahren, die Bierträber durch Mischung mit anderen Nährstoffen bei bestimmter Temperatur in eine Form überzuführen, in der sie gern und willig genossen, resp. ohne sauer zu werden, längere Zeit, selbst bei höherer Temperatur, ohne Schaden aufbewahrt werden können.

Welch großen Einfluß diese Entdeckung für die gesammte Landwirthschaft und Brauereien, wie auch für die Bevölkerung durch Erzeugung einer besseren Milch haben muß, ist erklärlich, wenn man erfährt, daß hier pro anno ca. ¾ Millionen Centner Träber produzirt und verwendet werden.

Herr Dr. Hertwig hier, Königl. Medizinalrath und Professor der Thierarzneikunde, dem das nene Produkt zur Prüfung vorgelegen, spricht sich in einem Gutachten vom Oktober h. anerkennend und günstig über dasselbe aus.

Frisch gebackenem Brode im Geschmack und Geruch ähnlich, werde es, leicht in Wasser löslich, als Trank oder trocken dem Häcksel beigemischt, gern vom Vieh genommen.

Bei einer Temperatur von 15 Gr. R., in welcher es vier Tage gestanden, habe es keine Säurebildung wahrnehmen lassen.

Milch von Kühen, welche mit diesem Produkt gefüttert waren, sei nach 24stündigem Aufenthalt in warmem Zimmer ohne saure Reaktion gewesen.

Es wäre somit den Landwirthen möglich gemacht, durch gleichmäßige, gute Fütterung eine gleichmäßige, nahrhafte Milch zu produziren und zu verkaufen und vor Allem würde die Sterblichkeit im Säuglingsalter in kurzer Zeit ihre erschreckend hohen Zahlen nicht mehr aufweisen.

Berlin, 25. Januar 1881.

Dr. med. Seligmann.

Vermischtes.

Köln, 26. Januar. Die internationale Jagdausstellung, die, wie wir bereits mitgetheilt haben, in diesem Jahre in Cleve stattfinden soll, hat nunmehr in soweit feste Formen angenommen, daß ein mit den Einleitungen sich befassendes Central-Komitee vorgestern hier im Hotel du Nord zusammengetreten ist und zu seinem Vorstande die Herren Baron Steengracht-Moyland, R. Corneli in Cleve, Graf Max Loë und Hugo de Greiff auf Schönwasser bei Crefeld gewählt hat. Herr Corneli als Vorsitzender trug in dieser Versammlung, die sehr zahlreich besucht war, im Einzelnen vor, was die mit genügenden Mitteln fundirte Ausstellung vorläufig bedürfen würde. Darauf wurde beschlossen, neben der Jagd- auch eine Hunde-Ausstellung und in einer passenden Woche auch ein Rennen zu veranstalten. Die anwesenden Herren des Central-Komitee's, unter denen der Prinz Solms-Braunsfeld den meisten Sportsmen wohl bekannt sein dürfte, wählten für die Vertretung im Auslande hervorragende Persönlichkeiten. Es ist somit zu erwarten, daß diese erste internationale Jagd-Ausstellung, die überhaupt jemals von berufenen Leuten geplant wurde, einen außerordentlichen Erfolg haben wird. Die herrlichen Anlagen von Bad Cleve, die umfangreichen Forsten und der gut gehegte Wildstand, die vorzunehmenden Jagden, Preissuchen u. s. w. werden nicht verfehlen, die Verehrer und Jünger Sanct Huberts zahlreich anzuziehen. Außer dem im Central-Komitee durch die Herren Edwin von Hoboken, van Oudelande, sowie J. Leembrüggen vertretenen Jagdverein „Nimrod" hatten auch die englischen Sportsmen durch Vermittelung der Great Eastern-Bahn (Harwich-Route) sich, was nachahmenswerth sein dürfte, mit dem nervus rerum betheiligt. Die Mittel zur Ueberwindung der ersten Schwierigkeiten, die ein derartiges Unternehmen verursacht, sind demnach vorhanden; mögen deshalb auch unsere deutschen Jäger und Interessenten diese erste internationale Jagdausstellung bestens würdigen und unterstützen.

Kunst und Literatur.

Deutsche Rundschau für Geographie und Statistik. Herausgegeben von Dr. Carl Arendts. Wir machen unsere geehrten Leser auf diese gediegen redigirte geographische Zeitschrift aufmerksam. Sie führt dem gebildeten Publikum rasch und geordnet in fortlaufenden fesselnden Uebersichten die praktischen und wissenschaftlichen Erscheinungen, Thatsachen, Entdeckungen und Bestrebungen auf geographischem Gebiete in edel populärer, zugleich aber durchaus zuverlässiger Form vor und wurde bisher von Heft zu Heft nur reichhaltiger und interessanter. [8]

Telegraphische Depeschen.

Trier, 27. Januar. Bei der heute im 3. hiesigen Wahlkreise stattgehabten Ersatzwahl zum Abgeordnetenhause an Stelle des Landgerichtsrathes Müller wurde der Seminar-Professor Dr. Mosler (Centrum) mit allen abgegebenen 255 Stimmen gewählt. Die Gegenpartei hatte sich der Abstimmung enthalten.

Wien, 27. Januar. Meldung der „Polit. Korresp.":

Aus Paris: Die Pforte hat die offizielle Erklärung abgegeben, daß sie keinesfalls Griechenland anzugreifen beabsichtige.

Paris, 27. Januar. Der Senat hat mit 265 gegen 5 Stimmen den Gesetzentwurf betreffend die Handelsmarine angenommen.

London, 27. Januar. Dem „Reuter'schen Bureau" wird aus Durban von heute gemeldet: Ein englischer Streiftrupp aus Prätoria überfiel und eroberte nach lebhaftem Gefechte ein Lager der Boern. Letztere hatten 27 Todte und viele Verwundete, ergriffen die Flucht und ließen ihren Proviant in den Händen der Engländer. Die Engländer hatten 4 Todte und 5 Verwundete.

London, 27. Januar. Unterstaatssekretär Dilke erklärt auf eine Anfrage des Deputirten Wolff, betreffs Durchführung des Artikels 23 des Berliner Vertrages sei bis jetzt keine gemeinsame Aktion von den Mächten beschlossen, die Regierung verliere aber die Angelegenheit nicht aus dem Auge und werde in Uebereinstimmung mit den anderen Mächten eine Regelung des Artikels zu erlangen suchen. Dem Deputirten Bryce erwiderte Dilke, der Vorschlag der Pforte wegen einer Konferenz der Botschafter in Konstantinopel mit Vertretern der Pforte sei eingegangen, über die Antwort darauf stehe die Regierung mit den anderen Mächten in Unterhandlungen. Vom Hause wurde darauf die Berathung der Bill zum Schutze der Personen und des Eigenthums in Irland festgesetzt.

Petersburg, 27. Januar. General Skobeleff ist zum General der Infanterie ernannt worden und hat den St. Georgs-Orden zweiter Klasse verliehen erhalten.